

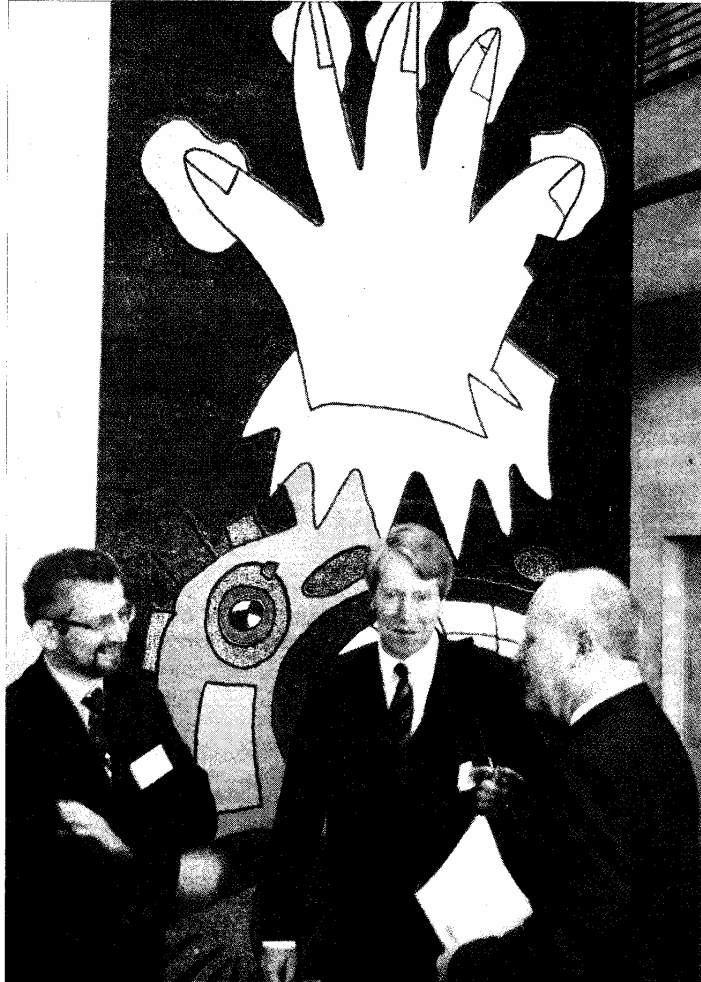
Dresden im Wirtschaftsfieber

Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Dresden

Ende September fand an der Technischen Universität Dresden die Jahrestagung des renommierten Vereins für Socialpolitik statt. Die über 300 Vorträge auf der Tagung unterstanden dem Motto »Marktwirtschaft und Risiko«. Zu dem größten Treffen von Ökonomen im deutschsprachigen Raum kamen rund 700 über 600 Teilnehmer. Sachsens Ministerpräsident Georg Milbradt, der mit einem eigenen Vortrag einen Beitrag zur Tagung leistete, hatte die Schirmherrschaft für den Kongress übernommen. Für die lokale Organisation war Professor Alexander Karmann verantwortlich, unterstützt von den Professoren Lehmann-Waffenschmidt, Thum und Töpfer.

Im Mittelpunkt der Tagung stand die Diskussion über Probleme marktwirtschaftlicher, sozialer und politischer Risiken.

Hohe Aktualität hatte der Vortrag »Wege zur Versicherung des Terrorrisikos« von Dr. Bruno Gas, Vorstandsvorsitzender der Extremus AG, einer vor zwei Jahren gegründeten Terrorversicherung. Bis zum 11. September galt in vielen Staaten das Terrorrisiko als uneingeschränkt versicherbar. Der Anschlag auf das World Trade Center hat jedoch Diskussionen zur Versicherbarkeit von Sachwerten angestoßen. Die Intensität der Terrorbedrohung könne sogar Einfluss auf die Investitionsbereitschaft in einem als bedroht eingeschätzten Land haben, meint Gas. Probleme bei der Versicherung gegen Terrorrisiken bereite die Prämienkalkulation. Während bei Elementarissen wie Naturkatastrophen die Schäden naturbedingt und damit zufällig seien, würden die Schäden durch koordi-



V.l.n.r.: Professor Alexander Karmann (lokaler Organisator), Professor Martin Hellwig (Vorsitzender des Vereins für Socialpolitik) und Ministerpräsident Professor Georg Milbradt, Schirmherr und Redner der Kerntagung.
Foto:AVMZ/Liebert

nierte Terrorakte absichtlich herbeigeführt.

Dem Staat falle eine besondere Rolle bei der Versicherung des Terrorrisikos zu. Stoßen die Versicherungsmärkte an ihre Grenzen, ist das Risiko nicht mehr über den Kapitalmarkt zu decken und der Staat muss einspringen. Er sichert dann das Risiko in Zusammenarbeit mit privaten Versicherern ab. Die Interessen des »Staates als Versicherer« seien zweierlei: einerseits die Sicherung des Investitionsstandortes, andererseits die Tatsache, dass sich die Opfer ohne Versicherungsschutz direkt an ihn wenden könnten. Außerdem sei der Staat gewissermaßen in der Pflicht, den betroffenen Investoren zu helfen, da etwaige Terrorakte nicht ihnen, sondern dem Staat und seiner Politik gelten und jener somit das eigentliche Ziel der Angreifer sei.

Im Zusammenhang der Versicherung des Terrorrisikos sprach Dr. Bruno Gas auch über die Möglichkeiten der Versicherung von Risiken über den Kapitalmarkt. Am Beispiel der Fußballweltmeisterschaft 2006, die bereits durch ein alternatives Modell namens Alternative Risk Transfer abgesichert ist, zeigte er die Chancen und Probleme der Zusammenarbeit von Banken und Versicherern. Dabei werden die Anleihen je nach Höhe der entstandenen Schäden an den Kapitalmarkt zurückgezahlt.

Bruno Gas hält die Rückkehr zu den althergebrachten, rein privatwirtschaftlichen Lösungen in nächster Zeit als unwahrscheinlich.

Professor Axel Börsch-Supan erörterte in seinem Vortrag Risiken im Lebenszyklus. Darunter zählen biometrische, ökonomi-

sche, familiäre und politische Risiken im Lebensverlauf. Er stellte die Frage, wie effizient und gerecht sich solche Risiken durch Institutionen wie individuelles Sparen, familiäre Hilfe, private Versicherungen und die Sozialversicherung abdecken lassen. Er stellte fest, dass sich das Sparverhalten fast perfekt an die Sozialversicherungen anpasst: wenn die Ersatzleistung niedrig ist, wird mehr gespart. Die Menschen richteten ihre Eigenvorsorge nach der subjektiven Lebenserwartung aus. Professor Börsch-Supan bemängelte, dass viele Menschen von einem optimalen privaten Risikomanagement weit entfernt seien. Der Staat spiele hier eine unverzichtbare Rolle.

Neben gesellschaftlichen Risiken wurde auch das Bildungswesen thematisiert. Eliteförderung wurde vom Verein für Socialpolitik größtenteils befürwortet, strittig blieb ihre konkrete Umsetzung. Hans-Werner Sinn, Leiter des Münchner IFO-Institutes, plädierte für mehr Entscheidungsfreiheit und Autonomie der deutschen Hochschulen. Er forderte die Abschaffung der Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen (ZfS), damit sich die Universitäten ihre Studenten selbst aussuchen könnten. Die akademische Selbstverwaltung solle durch ein professionelles Management ersetzt werden. Klaus Zimmermann, Leiter des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, unterstützte die von der Bundesregierung beabsichtigte Förderung von Eliteuniversitäten.

Otmar Issing, Chefökonom der Europäischen Zentralbank, hielt die Johann-Heinrich von Thünen-Vorlesung, mit der ver-

diente Mitglieder des Vereins geehrt werden. In seinem Vortrag zum Thema »Kommunikation, Transparenz, Rechenschaft – Geldpolitik im 12. Jahrhundert« sagte Issing, dass sich eine Notenbank nur dann der Märkte bedienen könne, wenn sie nicht nur das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Wahrung ihres Auftrages, sondern auch das der Finanzmärkte gewinne. Dazu sei es aber nicht nötig, eine gläserne Notenbank zu schaffen, die ihre gesamte interne Diskussion auch der Öffentlichkeit kommuniziert.

Benny Moldovanu wurde für seine Arbeit zum Design von Auktionen mit dem Gossen-Preis ausgezeichnet. In seinem vielbeachteten Aufsatz »How (not) to sell nuclear weapons« zeigt er beispielsweise, dass es für den Besitzer gefährlicher Güter wie Atomwaffen besser sein kann, die Güter nicht zu verkaufen, sondern für die Zerstörung der Waffen zu kassieren. Der nach Hermann Heinrich Gossen benannte Preis wird Nachwuchswissenschaftlern aus dem deutschen Sprachraum verliehen, die mit ihrer Arbeit internationales Ansehen gewonnen haben.

Daniela Fiedler